

Gesprächskreis
Christlich Demokratische Verantwortung
Telefon: 0351 26731108
Weltnetz: [Hier anklicken](#)

Osterzgebirge, 5. Oktober 2017

An
Herrn Tillich
Ministerpräsident des Freistaates Sachsen und
Vorsitzender des CDU Landesverbandes Sachsen

die Abgeordneten des Bundestages der Wahlkreise 158, 159 und 160
Arnold Vaatz, Andreas Lämmel, Dr. Andre Hahn, Katja Kipping, Stephan Kühn, Jens Maier

die Abgeordneten des Sächsischen Landtages der Wahlkreise Dresden und Sächsische Schweiz-Osterzgebirge
Christian Hartmann, Sabine Friedel, Valentin Lippmann, Christian Piwarz, Aline Fiedler, Sarah Buddeberg, Albrecht Pallas, Jörg Urban, Martin Modschiedler, Patrick Schreiber, Harald Baumann-Hasske, Lars Rohwer, Dr. Eva-Marie Stange, Andre Schollbach, Markus Ulbig, Uta-Verena Maiwald, Roland Wöllner, Andrea Dombrois, Dagmar Neukirch, Andre Barth, Oliver Wehner, Jens Michel, Lutz Richter

Sehr geehrte Damen und Herren,

aus Sorge um den Mittelstand in Sachsen und um mögliche Hemmnisse für den Mittelstand in unserer Region erheben wir die nachfolgenden Forderungen und Bitten.
Unser Gesprächskreis sieht zugleich darin eine Möglichkeit der Vorbereitung der Wahlen zum Landtag im Jahre 2019.

Wir bitten Sie bis zum 3. November dieses Jahres um Ihren eigenen Standpunkt und Ihre Meinung zu diesem Thema: Sie können uns auch die jeweiligen Auszüge aus den Programmen Ihrer Fraktion übergeben.

Wir als Gesprächskreis fordern die sofortige Einstellung aller Sanktionen gegenüber Rußland, weil diese weder politisch noch wirtschaftlich haltbar und begründbar sind. Wir wären froh, wenn Sie uns darin unterstützen können.

1. Schluß mit den Sanktionen gegen Rußland

- Sanktionen sind eine Form der Vorbereitung von Kriegen.
- Sanktionen verstoßen gegen den Geist von Helsinki I. und II.
- Sanktionen haben nie das angedroht Ziel erreicht, vielmehr haben sie die Betroffenen gestärkt.

Schilderung der Lage

In unserem Gesprächskreis [Christliche Demokraten–Osterzgebirge](#) haben wir uns dem gegenwärtigen Stand der Sanktionen gegen Rußland befaßt.
Wir sehen darin ein Teil unserer Verantwortung und der Wahrnehmung der Sorgen des Mittelstandes.

Dabei ging es vor allen um die Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft und auf den Mittelstand; insbesondere in Sachsen und mögliche Wirkungen auf die Region Dresden/Erzgebirge.

Mit Verwunderung mußten wir feststellen, daß bei den gegenwärtigen Parteien im Sächsischen Landtag die Sanktionen gegen Rußland kein Thema sind.

Der [Moskauer Deutsche Zeitung](#) vom 4.9.2017 ist zu entnehmen, daß lediglich die AfD kürzlich sogar einen „Rußlandkongreß“ veranstaltet hat und daß sich der Spitzenkandidat Alexander Gauland in der ARD-Sendung „Hart aber fair“ gegen die Sanktionen ausgesprochen hat.

Ansonsten spielt dieses Thema in den deutschen Medien keine oder höchstens eine untergeordnete Rolle.

Das reicht unserem Gesprächskreis nicht aus, zumal wir in der Verhängung der Sanktionen eine Form des Wirtschaftskrieges sehen, der gegen

- Rußland,
- die Europäische Union und
- gegen Deutschland

gerichtet ist.

Wir sehen diese auch als Teil des Vasallentums gegenüber den USA und der langfristig ausgerichteten geopolitischen Zielstellungen, die gegen unsere Länder gerichtet sind.

Bei den anwesenden Mittelständern besteht die Sorge, daß diese Sanktionen sich auch auf sie auswirken werden, zumal in Sachsen bereits erste Insolvenzen angemeldet wurden.

Dabei sehen wir vor allen die Bundes-CDU, welche dabei eine Schlüsselstellung einzunehmen scheint.

Allein in der sächsischen CDU scheint das aber kein Thema zu sein- oder?- denn die Basis oder die Mitglieder der Mittelstands- und Wirtschaftsorganisation befragt, konnten dazu nichts sagen.

Die Meinungen aus der Wirtschaft und die Wirkungen auf diese scheinen dabei nicht zu stören.

- Ist es mangelndes Fachwissen,
- ist es Unsicherheit über diese Thema sprechen zu wollen,
- oder besteht von Oben die Order, nicht darüber zu sprechen?

Das ist ja auch kein Thema, mit dem man bei Frau Dr. Merkel Punkte sammeln kann.

Bestärkt wird diese Aussage, daß die **USA-Amerikaner erstmals öffentlich eingeräumt haben, die EU gegen ihren Willen zu Sanktionen gegen Rußland gezwungen zu haben.**

US-Vizepräsident Joe Biden sagte, Obama habe darauf bestanden, daß die EU wirtschaftlichen Schaden in Kauf nehme, um die Russen zu strafen. Die Ausführungen Bidens machen klar, daß Angela Merkel und ihre EU-Kollegen auf Druck der USA ihren eigenen Völkern Schaden zugefügt haben. Wer sich diesem Bündnis anschließt, wird zum Papagei der US-Interessenspolitik. Merkels schöne Worte von der freien Selbstbestimmung klingen in diesem Kontext wie der blanke Hohn.

Bei einer Rede an der Kennedy School of Gouvernement an der Universität Harvard hat US-Vizepräsident Joe Biden erstmals die Wahrheit über die Sanktionen gegen Rußland gesagt: Demnach wollte die EU keine Sanktionen verhängen und wurde von Obama gezwungen, dem Kurs der Amerikaner zu folgen. [Das Weiße Haus dokumentiert die Rede stolz im vollen Wortlaut.](#)

<http://www.deutsch-tuerkische-nachrichten.de/2014/10/505674/obama-vize-blamiert-merkel-usa-haben-eu-zu-sanktionen-gegen-russland-gezwungen/>

George Soros (ein Berater der USA-Regierung): „Ohne Merkel gäbe es keine Rußland-Sanktionen“,

so Soros in einem Interview für die „[Frankfurter Rundschau](#)“. Er würdigte Merkels Politik in der Ukraine-Krise.

„In der Ukraine-Frage hat Merkel agiert wie eine echte europäische Politikerin anstatt deutsche Interessen zu verfolgen“, sagte der US-Milliardär, der zuvor die deutsche Europapolitik jahrelang kritisiert hatte. „Dafür habe ich sie gelobt.“

Aha, von dort weht also der Wind!

Deutschland drängt die EU auf schärfere Sanktionen gegen Russland

[Deutsche Wirtschafts Nachrichten](#) 25.07.2017

Reuters meldet, dass Deutschland in Brüssel offenbar eine Verschärfung der Russland-Sanktionen betreibt. Die Nachrichtenagentur bezieht sich auf anonyme „diplomatischen Kreise in Brüssel“.

Allein diese Aussagen bereiten uns Sorgen, weil wir dabei mit den Abgeordneten kein gutes Gefühl haben.

In der Anlage sind weitere Meldungen enthalten, welche uns in unserer Ansicht bestärken.

2. Notwenige und mögliche Maßnahmen

- Die Abgeordneten des Bundestages in der Region Dresden werden gefordert, sich konkret gegen die Rußlandsanktionen einzusetzen.
- Die Abgeordneten des Sächsischen Landtages aus der Region Dresden fordern die Staatsregierung auf, daß diese von der Bundesregierung die Rücknahme der Sanktionen fordert oder,
- daß diese sich nicht mehr daran beteiligt.
- Parteien, in deren Struktur eine Wirtschaftsorganisation besteht (AfD, CDU, SPD), werden gebeten, diesen das Thema anzutragen, damit sie auf deren Bundesebene Einfluß nehmen können.

Für den Gesprächskreis
Günter Herbrich
Meyer Lichtwerbung
Löwe Umwelttechnik
Gerd Medger

Anlage



Preussische Allgemeine Zeitung

Sanktionsziel ist in Wahrheit Europa

Deutscher Handel mit Russland um 40 Prozent eingebrochen, jener der USA um elf Prozent gestiegen

<http://www.preussische-allgemeine.de/nachrichten/artikel/sanktionsziel-ist-in-wahrheit-europa.html>

Die Sanktionen gegen Russland sind von den Europäern verhängt und sie sind wichtig, weil das Abkommen von Minsk nicht eingehalten wird. Sie sollen wirtschaftlichen Druck ausüben, damit Moskau in dem Konflikt einlenkt. Dies ist die offizielle Begründung für einen Wirtschaftskrieg, so sagt es die Bundesregierung, dies glauben Zeitungsleser und das Fernsehpublikum, aber doch ist an dieser Darstellung so gut wie alles falsch.

- Es beginnt mit dem inzwischen völlig verschwiegenen Umstand, dass die beiden Abkommen von Minsk, die den Frieden in der Ukraine zum Ziel haben, auf russische Initiative zustande kamen.
- Es wird, zweitens, nicht davon geredet, wer derjenige ist, der jeweils gegen das Abkommen verstößt. Das hat zur Folge, dass Russland als Objekt der Sanktionen für jeden Schuss, den die ukrainische Armee abfeuert, bestraft wird.
- Im Übrigen waren es die USA, die Brüssel dazu gezwungen haben, Sanktionen gegen Russland zu verhängen, die Europäer hatten von sich aus nie diese Absicht.
- Aber wiederum war es die Führungsrolle Amerikas und der Präsident der Vereinigten Staaten, der darauf bestand und der EU sagen musste, dass ihre Haltung nicht angemessen ist.“
- Das einzige, was an der offiziellen Darstellung zur Hälfte stimmt, ist die Tatsache, dass es sich bei den Sanktionen um einen Wirtschaftskrieg handelt.
- **Der allerdings richtet sich nicht gegen Russland, sondern tatsächlich gegen die EU, in erster Linie gegen Deutschland.** Ein Beispiel aus der Montanindustrie macht das deutlich. Für den Abbau eines Steinkohlevorkommens in Sibirien wollten die Russen deutsche Bagger kaufen, aber wegen der Sanktionen kam das Geschäft nicht zustande. Am nächsten Tag stand der Vertreter des US-Konzerns Caterpillar vor der russischen Tür und erklärte, man werde selbstverständlich die benötigten Maschinen liefern.
- **Die Wirkung der Sanktionen trifft also Russland weitaus weniger als Deutschland und nutzt den USA.** Diese übernehmen in Russland in großem Umfang Geschäftsfelder, die bislang von deutschen Firmen gehalten wurden.

Gleichzeitig erhöht Washington erheblich den Druck auf die deutsche Regierung, das Projekt North Stream II zu begraben. Wer die Kanzlerin und ihre Regierung kennt und dazu den Einfluss der USA in Berlin, der wird sich bald nach US-Fracking Gas umsehen.

nachrichten | wirtschaft | russland

<http://www.ostexperte.de/>

Die Zahl der deutschen Unternehmen in Russland ist 2015 deutlich um sieben Prozent auf 5.583 Unternehmen gesunken

Über Jahre lag die Zahl der deutschen Unternehmen in Russland, sprich: mit deutscher Kapitalbeteiligung, konstant bei rund 6.000. Im vergangenen Jahr ist ihre Zahl aber deutlich gesunken. Um sieben Prozent auf nunmehr 5.583 Unternehmen sei sie 2015 geschrumpft, schreibt die [Deutsch-Russische Auslandshandelskammer \(AHK\) in einer Mitteilung auf ihrer Website](#).

<http://www.ostexperte.de/deutsche-parteien-russland>

Was deutschen Parteien zu Russland einfällt: Viel Grundsätzliches, wenig Konkretes

Am 24. September wird der Bundestag gewählt. Deutsche in Russland können ihren Wahlbrief per Post oder bis 13. September bei der Botschaft abgeben. Die MDZ fragt: Was haben die Parteien zu den deutsch-russischen Beziehungen zu sagen?

Insolvenzen wegen Rußlandsanktionen

<https://www.afd.de/politisches-desaster-insolvenzen-wegen-russlandsanktionen/>

Magdeburg, 28. Juli 2017. Durch die Russlandsanktionen leidet besonders die ostdeutsche Wirtschaft, da hier viele Firmen traditionell gute wirtschaftliche Beziehungen zu Russland pflegen. Der Export nach Russland ist um rund 40 Prozent eingebrochen. Die Sanktionen haben die ostdeutsche Wirtschaft allein in den Jahren 2014 und 2015 500 Millionen Euro gekostet. Viele klein- und mittelständische Unternehmen haben damit schwer zu kämpfen, aber auch große Firmen sind betroffen. In Sachsen hat diese Woche das Stahlbauunternehmen Industriemontagen Leipzig (IMO) Insolvenz angemeldet, 320 Mitarbeiter sind von Arbeitslosigkeit bedroht.



Unternehmer startet Petition im Bundestag zur Aufhebung der Russland-Sanktionen

<https://de.sputniknews.com/politik/20170914317436120-unternehmer-startet-petitions-kampagne-gegen-russland-sanktionen/>

Der Seniorchef eines Stahlunternehmens in Süddeutschland hat im Bundestag eine Petition zur Aufhebung der Wirtschaftssanktionen gegen Russland eingereicht. Der Unternehmer warnt davor, dass die Sanktionen der deutschen Wirtschaft schaden. Er hält die Zusammenarbeit mit Russland für unverzichtbar.



<https://jungefreiheit.de/wirtschaft/2017/deutsche-unternehmen-lehnen-russland-sanktionen-ab/>

Deutsche Unternehmen lehnen Rußland-Sanktionen ab

MOSKAU. Ein Großteil der deutschen Wirtschaft lehnt die neuen US-Sanktionen gegen Rußland ab. Dies geht aus einer Studie der Deutsch-Russischen Auslandshandelskammer (AHK) hervor, die dazu 193 deutsche Unternehmen befragt hatte.

52 Prozent der Konzerne gaben an, von den Sanktionen betroffen zu sein. Gleichzeitig beurteilen 97 Prozent die US-Sanktionen mit „eher negativ“ oder „eindeutig negativ“.

DEUTSCHE WIRTSCHAFTS NACHRICHTEN

EINE PUBLIKATION DER VERLAGSGRUPPE BONNIER

Deutsche Unternehmen in Russland geschlossen gegen US-Sanktionen

97 Prozent der in Russland tätigen deutschen Unternehmen lehnen die neuen US-Sanktionen ab. Die Unternehmen sehen Schaden weit über den Energiebereich hinaus.

[https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2017/09/13/deutsche-unternehmen-russland-geschlossen-gegen-us-](https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2017/09/13/deutsche-unternehmen-russland-geschlossen-gegen-us-sanktionen/?utm_source=Das+t%C3%A4gliche+DWN+Telegramm&utm_campaign=9ffa396a30-RSS_EMAIL_CAMPAIGN&utm_medium=email&utm_term=0_3752338fa9-9ffa396a30-106980917)

[sanktionen/?utm_source=Das+t%C3%A4gliche+DWN+Telegramm&utm_campaign=9ffa396a30-](https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2017/09/13/deutsche-unternehmen-russland-geschlossen-gegen-us-sanktionen/?utm_source=Das+t%C3%A4gliche+DWN+Telegramm&utm_campaign=9ffa396a30-RSS_EMAIL_CAMPAIGN&utm_medium=email&utm_term=0_3752338fa9-9ffa396a30-106980917)

[RSS_EMAIL_CAMPAIGN&utm_medium=email&utm_term=0_3752338fa9-9ffa396a30-106980917](https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2017/09/13/deutsche-unternehmen-russland-geschlossen-gegen-us-sanktionen/?utm_source=Das+t%C3%A4gliche+DWN+Telegramm&utm_campaign=9ffa396a30-RSS_EMAIL_CAMPAIGN&utm_medium=email&utm_term=0_3752338fa9-9ffa396a30-106980917)

Handelsblatt

<http://www.handelsblatt.com/my/politik/international/russland-sanktionen-schaden-in-milliardenhoehe/19992008.html?ticket=ST-1639036-gau9EKTcp2gU5f704B9t-ap2>

Schaden in Milliardenhöhe

Seit Russland mit Sanktionen belegt wird, sind die deutschen Exporte in das Land um 42 Prozent eingebrochen. 60.000 Arbeitsplätze gingen verloren, schätzen deutsche Unternehmen. Insolvenzen gab es nur vereinzelt.

Contra Magazin

Wirtschaftskrieg gegen Russland kostete 400.000 Jobs

<https://www.contra-magazin.com/2017/01/wirtschaftskrieg-gegen-russland-kostete-400-000-jobs/>

Eine Studie zeigt, dass der Wirtschaftskrieg gegen Russland Milliarden Euro kostete und hunderttausende Jobs vernichtete.

Laut einer Studie des österreichischen Wirtschaftsforschungsinstitutes (Wifo) kostete der Wirtschaftskrieg gegen Russland die Europäische Union insgesamt fast 18 Milliarden Euro und vernichtete 400.000 Jobs. Kein Wunder also, dass die Wirtschaftssanktionen quer durch die Bank in Europa auf Ablehnung stoßen.

RT DEUTSCH

McCain: USA sollen entscheiden, ob Russland-Sanktionen der EU aufgehoben werden, nicht EU-Länder

<https://deutsch.rt.com/international/36617-mccain-usa-soll-entscheiden-ob/>

US-Senator John McCain sagt, nicht frei von Hybris, dass die USA entscheiden werden, wann die EU-Sanktionen gegen Russland aufgehoben werden.

Viele EU-Länder sind besorgt darüber, dass die Einschränkungen ihre Volkswirtschaften substanziell belasten.

Russland reagierte mit einem Embargo für Agrarprodukte, Lebensmittel und Rohstoffe gegen Länder, die den Sanktionen gegen Russland beitraten. Einfuhr von Rindfleisch, Schweinefleisch, Geflügelfleisch, Fisch, Käse, Milch, Gemüse und Obst wurden verboten. Moskau hat darüber hinaus eine Politik der Importsubstitution begonnen.

SPUTNIK

Leipziger Firma insolvent wegen Energiewende und Russland-Sanktionen

https://de.sputniknews.com/radio_wirtschaftsbarometer/20170811316985360-leipziger-firma-insolvent-wegen-sanktionen/

Das Leipziger Stahlbauunternehmen IMO Leipzig ist insolvent. Ein Grund für die Pleite der Traditionsfirma, die unter anderem den Berliner Fernsehturm gebaut hat, sind die gegen Russland verhängten Sanktionen. Wichtige Auftraggeber von IMO Leipzig sitzen in Russland und die Firma selbst hat Dependancen in St. Petersburg und Kasachstan.

Die IMO Leipzig ist bereits seit 120 Jahren im Stahlgeschäft tätig. Zu DDR-Zeiten spezialisierte sich die Firma auf den Bau von Kraftwerken und führte auch komplexe Schweißaufgaben an Atomkraftwerken aus. Erst die Energiewende und in den letzten Jahren vor allem die von der EU verhängten Sanktionen auf die Zusammenarbeit mit Russland wurden der Firma zum [Verhängnis](#).

Sanktionen haben immer das Ziel, missliebige Regierungen zu stürzen

<http://www.anderweltonline.com/politik/politik-2017/sanktionen-haben-immer-das-ziel-missliebige-regierungen-zu-stuerzen/>

Vor drei Jahren gab es noch ehrliche Stimmen, die den Zweck der Sanktionen gegen Russland benannt haben: Wir werden Russland solange sanktionieren, bis es der Bevölkerung so schlecht geht, dass sie gegen Putin aufstehen. Sanktionen gegen Staaten treffen immer die einfache Bevölkerung und es war noch nie anders, als dass damit ein Umsturz, eine Revolution herbeigeführt werden sollte, weil ein Staat sich nicht bedingungslos dem Diktat des Kapitals unterwerfen wollte.

DEUTSCHE WIRTSCHAFTS NACHRICHTEN

EINE PUBLIKATION DER VERLAGSGRUPPE BONNIER

Deutschland drängt EU auf schärfere Sanktionen gegen Russland

Reuters meldet, dass Deutschland in Brüssel offenbar eine Verschärfung der Russland-Sanktionen betreibt. Die Nachrichtenagentur schreibt bezieht sich auf anonyme „diplomatischen Kreise in Brüssel“. Deutschland wolle sich demnach nach dem [Auftauchen der Siemens-Turbinen auf der Krim](#) für schärfere EU-Sanktionen einsetzen. Diese könnten sich gegen Mitarbeiter des Energieministeriums in Moskau sowie das russische Unternehmen richten, das die Turbinen auf die Halbinsel gebracht habe.

DEUTSCHE WIRTSCHAFTS NACHRICHTEN

EINE PUBLIKATION DER VERLAGSGRUPPE BONNIER

Deutschland und Österreich: Erstmals Protest gegen US-Sanktionen

<https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2017/06/15/deutschland-und-oesterreich-erstmals-protest-gegen-us-sanktionen/>

Österreich und Deutschland wehren sich erstmals gegen die US-Sanktionen gegen Russland. Die Regierungen kritisieren, dass die Sanktionen den europäischen Staaten schaden.

SPIEGEL ONLINE

Deutschland und die Russlandsanktionen

Operation Samtpfote

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundesregierung-zu-russland-sanktionen-der-usa-operation-samtpfote-a-1159829.html>

Das US-Repräsentantenhaus verabschiedet neue Russlandsanktionen, sie betreffen direkt deutsche Energieinteressen. Trotzdem bleibt der Protest der Bundesregierung zahm. Warum?

Mitte Juni war die Bundesregierung in höchster Alarmbereitschaft: Erst verfasste Außenminister Sigmar Gabriel gemeinsam mit Österreichs Regierungschef Christian Kern eine Erklärung, in der sie [in scharfer Form die Initiative des US-Senats](#) für Verschärfungen der Russland-Sanktionen rügten. Einen Tag später schloss sich Kanzlerin Angela Merkel dem Protest an.